

Sitzungsvorlage		Vorlage- Nr:	VO/2016/0101-46
Federführend: 46 Stadtarchiv		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	25.02.2016
		Referent:	Dr. Lange Christian
Gedenktafel im Großen Sitzungssaal des Rathauses Maxplatz für alle verfolgten Stadträte während der Herrschaft des Nationalsozialismus			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
17.03.2016	Kultursenat	Entscheidung	

I. Sitzungsvortrag:

Am 23.10.2015 wurde von Stadträtin Ingeborg Eichhorn und Stadtrat Felix Holland der Antrag gestellt, an die im Rahmen ihrer Mandatsausübung durch das NS-Regime verfolgten Mandatsträger mit einer Gedenktafel zu erinnern.

Bei den Ereignissen unmittelbar nach der sog. „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Januar 1933 müssen gerade im lokalen Bereich die Entwicklungen auf Reichs- und Landesebene berücksichtigt werden. Nur vor diesem Hintergrund sind die Vorgänge im lokalen Bereich einzuordnen, da die Etablierung des NS-Staates von der Zentrale Berlin ausging, in Bayern dann über die Durchsetzung in München im März 1933 und von dort aus in den Regionen erfolgte. Innerhalb weniger Monate erreichten die neuen Machthaber der NSDAP die Ausschaltung regionaler staatlicher und lokaler kommunaler Instanzen sowie der Parteien, Verbände und Gewerkschaften.

Alle im Stadtrat vertretenen Parteien, erst recht die in den Parlamenten vertretenen Bamberger Mandatsträger (mit Ausnahme der NSDAP-Mitglieder), wurden Opfer unterschiedlicher Verfolgungsmaßnahmen. Dies soll mit dem folgenden Textvorschlag für eine öffentlich zugängliche Tafel deutlich gemacht werden, der bewusst die Mandatsträger der nach dem Zweiten Weltkrieg eingemeindeten heutigen Bamberger Stadtteile einschließt:

Zum Gedenken an die politischen Mandatsträger auf Reichs-, Landes- und kommunaler Ebene im heutigen Gebiet der Stadt Bamberg, die wegen ihrer politischen Überzeugung in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und verhaftet wurden.

Von Horst Gehringer, Leiter des Stadtarchivs, wird ein ausführlicher Beitrag zu dieser Thematik vorbereitet, der vorbehaltlich der Zustimmung der Schriftleitung im Bericht des Historischen Vereins Bamberg, der Anfang Dezember 2016 vorgestellt wird, publiziert werden soll.

II. Beschlussvorschlag

1. Der Kultursenat nimmt vom Bericht der Verwaltung Kenntnis.
2. Dem Textvorschlag des Stadtarchivs für die die Gedenktafel wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Tafel im Sitzungssaal des Rathauses Maxplatz anzubringen.
4. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2015 ist damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

	1.	keine Kosten
x	2.	Geschätzte Kosten in Höhe von 100 € für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Anlage/n:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2015

Verteiler:

Amt 10 – Sitzungsdienst
Amt 10 - Bürgermeisteramt
Referat 4
Amt 46



Bamberg, 23.10.2015

An Herrn

Oberbürgermeister Andreas Starke

Rathaus Maxplatz

Eingang Stadt Bamberg
Sekretariat OB

26. Okt. 2015

SPD Fraktion Bamberg

Fon: 0951 - 208 24 - 36

Fax: 0951 - 208 24 - 37

Mobil: 0176 - 24 26 100 5

fraktion@spd-bamberg.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Starke,

wir stellen folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt:

für den Sitzungssaal des Rathauses am Maxplatz eine Gedenktafel zu entwickeln, auf der in geeigneter Form aller Stadträte gedacht wird, die während der Herrschaft des Nationalsozialismus Opfer von politischer Verfolgung, Ausgrenzung und Diskriminierung wurden.

Wir begründen unseren Antrag wie folgt:

- Stadtrat Lorenz Zahneisen von der NSDAP beantragte am 22.März 1933, „der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion die Teilnahme an der Sitzung zu versagen“. Widerspruch gab Stadtrat Johannes Steitz von der SPD. Der Antrag wurde vertagt und fand seine Erledigung durch den Zusammentritt des neuen Stadtrats.
- In der Sitzung des neuen Stadtrats am 26.April 1933, in der die SPD-Stadträte Bayer und Dennstädt fehlten (sie waren in Schutzhaft), wurde Zahneisen zum 2.Bürgermeister gewählt und am 3.November 1933 zum 1. Bürgermeister.

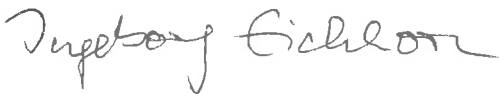
- Ab 5. Juli 1933 waren die SPD-Stadträte „infolge Verbots“ von den Sitzungen ganz ausgeschlossen. Die Fraktion existierte nicht mehr. Die Stadträte Dennstädt, Baier, Schlauch, und Grosch sowie die Exstadträte Göttling und Dotterweich sind am 3. Juli 1933 unter Bewachung mit einem Zug nach Dachau ins KZ transportiert worden.

Auf eine mündliche Begründung unseres Antrags verzichten wir.

Das Ziel besteht darin, aller Stadträten zu gedenken, die im Rahmen ihrer Mandatsausübung zum Opfer des Nationalsozialismus wurden.

Wir bitten darum, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Kultursenates zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen



Ingeborg Eichhorn

Stadträtin



Felix Holland

Stadtrat